

## Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik

Staatsangehörigkeit | Einwanderung | Asyl und Flüchtlinge | Kultur | Einreise und Aufenthalt | Integration | Arbeit und Soziales | Europa

**Herausgeber:**

Nele Allenberg  
*Deutsches Institut für  
Menschenrechte, Berlin*  
Prof. Dr. Jürgen Bast  
*Universität Gießen*  
Prof. Dr. Jan Bergmann  
*Präsident des Verwaltungsgerichts,  
Stuttgart*  
Prof. Dr. Uwe Berlit  
*Vorsitzender Richter am  
Bundesverwaltungsgericht a.D.,  
Leipzig*  
Dr. Wolfgang Breidenbach  
*Rechtsanwalt, Halle*  
Prof. Dr. Anuscheh Farahat  
*Universität Wien*

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano  
*Universität Kassel*  
Katrín Gerdsmeyer  
*Deutscher Caritasverband e.V., Berlin*  
Dr. Michael Griesbeck  
*Vizepräsident Bundesamt für  
Migration und Flüchtlinge, Nürnberg*  
Prof. (Yeditepe Univ. İstanbul) Dr.  
Rolf Gutmann  
*Rechtsanwalt, Schorndorf*  
Andrea Houben  
*Vorsitzende Richterin am  
VG Düsseldorf*  
Prof. Dr. Constanze Janda  
*Universität Speyer*  
Dr. Sebastian Klaus  
*Rechtsanwalt, Darmstadt*  
Prof. Dr. Winfried Kluth  
*Universität Halle*

RiBVerfG Prof. Dr.  
Christine Langenfeld  
*Karlsruhe/Göttingen*  
Prof. Dr. Anna Lübbe  
*Hochschule Fulda*  
Johanna du Maire  
*Dienststelle des Bevollmächtigten  
des Rates der EKD, Berlin*  
Thomas Oberhäuser  
*Rechtsanwalt, Ulm*  
Andreas Pfersich  
*Präsident des Verwaltungsgerichts,  
Halle*  
Dr. Hans-Eckhard Sommer  
*Präsident Bundesamt  
für Migration und Flüchtlinge*  
Prof. Dr. Daniel Thym  
*Universität Konstanz*

Ulrich Weinbrenner  
*Ministerialdirektor,  
Bundesministerium des  
Innern und für Heimat, Berlin*

**Schriftleitung:**

Prof. Dr. Winfried Kluth  
*(Abhandlungen – V.I.S.D.P.)  
Universitätsplatz 10a  
06099 Halle*  
E-Mail: [zar@nomos-journals.de](mailto:zar@nomos-journals.de)  
PräsVG Andreas Pfersich  
*(Rechtsprechung)*  
E-Mail: [an.pfersich@googlemail.com](mailto:an.pfersich@googlemail.com)  
Prof. Dr. Jürgen Bast  
*(Rezensionen)*  
E-Mail:  
[jurgen.bast@recht.uni-giessen.de](mailto:jurgen.bast@recht.uni-giessen.de)  
Homepage: [www.zar.nomos.de](http://www.zar.nomos.de)

## EDITORIAL

## Migrationsagenda 2026

Zehn Jahre nach dem Beginn der großen Fluchtbewegungen des Jahres 2015 und zwei Jahre nach der Beschlussfassung zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, mit der spät auf die zwischenzeitlich erkannten Steuerungsdefizite reagiert wurde, steht am 12.6.2026 das Inkrafttreten der meisten neu gefassten Rechtsakte an. Obwohl schon seit Mitte 2025 die vorbereitenden Maßnahmen laufen und auch die Jahresplanung und der neue Solidaritätsmechanismus auf den Weg gebracht und letzte Änderungen beschlossen wurden, wird dann eine neue Ära beginnen, in der sich entscheidet, ob die Europäische Union zurück zu ihren Werten und zur Rechtstreue findet oder sich einem autoritären Populismus unterwirft.

### 2025 – ein schwieriges Jahr für Rechtsstaat und Humanität

Analysiert man die politischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres, so muss man mit Sorge auf das neue Jahr schauen.

Die deutsche Migrationspolitik des Jahres 2025 ist durch eher negative Trends im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und Humanität geprägt gewesen:

- Der gemeinsame Beschluss von CDU/CSU und AfD vom 29.1.2025 zur Migrationswende, der viel Widerspruch erfahren hat;<sup>1</sup>

- die rechtswidrigen Zurückweisungen an den Binnengrenzen;<sup>2</sup>
- die Nichteinhaltung von Aufnahmезusagen für Ortskräfte aus Afghanistan;<sup>3</sup>
- die deutliche Kürzung der Unterstützung von UNHCR und Entwicklungshilfe.<sup>4</sup>

Dies alles geschah, obwohl die Zahl der Erstanträge von Asylbewerbern in Deutschland um 50% zurückgegangen ist und Deutschland inzwischen nur noch auf Platz 4 der am meisten angestrebten Aufnahmestaaten in der Europäischen Union steht.

Zugleich ist allerdings auch ein erheblicher Rückgang bei der Zuwanderung von Fachkräften zu verzeichnen, über den kaum gesprochen wird. Das betrifft vor allem die Trendwende bei der Zuwanderung aus Ost-EU-Ländern, die sich 2025 sinnfällig erstmals nach 1990 in einem negativen Wanderungssaldo mit Polen niedergeschlagen hat. Schon seit einigen Jahren sind

1 Dazu Kluth: *Jenseits geltenden Rechts: Zu den aktuellen migrationspolitischen Vorschlägen der CDU*, VerfBlog, 2025/1/30, <https://verfassungsblog.de/funf-punkte-plan/> (letzter Abruf am 12.1.2026)."

2 Kluth, *Zeitschrift für Gesetzgebung* 2025, 196 ff.

3 VG Berlin, BeckRS 2025, 32456

4 Zu den Folgen der weltweiten Kürzungen Thote, ZAR 2025, 343 (346).

zusätzliche Fachkräfte für die Pflege nur noch aus Drittstaaten eingereist. Das Potenzial der EU-Binnenmigration scheint erschöpft und ist rückläufig.

Auf europäischer Ebene haben Ungarn und Polen mit ihrer ablehnenden Haltung zur GEAS-Reform nach dem Regierungswechsel in Tschechien Unterstützung in ihrer politischen Haltung erfahren. Die Kooperationsbereitschaft weiterer Staaten wie Griechenland und Italien bei der Vermeidung von Sekundärmigration ist weiterhin gering. Die zuletzt beschlossenen Reformen zur Rückführung gehen auch nach Aussage der EU-Kommission bis an die Grenze dessen, was das Unionsrecht und die EMRK erlauben. Mehrere Staaten fordern zudem eine Reform der EMRK, um den Menschenrechtsschutz bei Rückführungen zu vermindern. Diese Forderung wird derzeit zwar von der Bundesregierung noch nicht offiziell unterstützt, aber auch nicht kritisch kommentiert.

## Grundpfeiler einer zukunftsweisenden Migrationsagenda

Migration in allen ihren Erscheinungsformen wird das Weltgeschehen in den kommenden Jahrzehnten weiter maßgeblich prägen. Sie kann schon wegen der divergierenden demografischen Dynamiken und auch der Folgen des Klimawandels nicht gestoppt, sondern nur klug gesteuert werden. Dafür muss die Ausgangslage zutreffend verstanden und die Steuerung an den richtigen Leitprinzipien ausgerichtet werden.

### ■ Von irreführenden Leitmotiven verabschieden

Das aktuelle Leitmotiv der deutschen Migrationspolitik „Humanität und Härte“ ist für die Gesamtsteuerung der Migration ungeeignet, weil es vor allem gegenüber den erwünschten Fachkräften irreführend ist. Dieser Personenkreis, auf den Wirtschaft und Gesellschaft angewiesen sind, wird dadurch abgeschreckt. In welchem Umfang sich irreguläre Migranten von einem solchen Motto oder doch nur von Maßnahmen abschrecken lassen, mag umstritten sein. Der überwiegende negative Imageeffekt gegenüber Fachkräften ist aber mit einem deutlich höheren Schaden verbunden. Deshalb sollte sich die Migrationspolitik wieder an einem positiven Leitmotiv orientieren, das etwa „Fairness und Kooperation“ lauten mag, wie es auch in den gesetzlichen Regelungen des Aufenthaltsgesetzes zum Ausdruck kommt. Der Vorschlag für die Reform der Entwicklungszusammenarbeit weist erfreulicherweise in diese Richtung.<sup>5</sup>

Das Aufenthaltsgesetz ist im Zeitraum 2005 bis 2025 durch eine Vielzahl von Gesetzesänderungen geprägt worden, die diesen Grundsätzen entsprechen und sich an Personen ausrichten, die nach Deutschland kommen wollen, um hier zu arbeiten und einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Stabilisierung des Systems der sozialen Sicherung zu leisten, wie es in § 18 AufenthG inzwischen auch normtextlich zum Ausdruck kommt. Diese für Deutschland so wichtigen Personen, die den weitaus größten Teil der Migranten repräsentieren, lehnen Gewalt und Rassismus genauso ab wie die deutsche Mehrheitsgesellschaft und sollten nicht durch eine populistisch anmutende Härteformel abgehalten werden.

### ■ Neue Spielregeln ab dem 12.6.2026

Die Europäische Kommission hat angekündigt, dass das Moratorium in Bezug auf das Vertragsverletzungsverfahren im Migrationsbereich mit dem Inkrafttreten der GEAS Reform ausläuft. Die Bindung an die neuen Vereinbarungen wird dann wieder genau überwacht und Abweichungen werden sanktioniert. Die Rückkehr zum Recht und zur Solidarität auf der Basis der neuen Mechanismen benötigt Zeit, um wirksam zu werden, kann aber auch ein neues Vertrauen erzeugen. Renitente Akteure, wie etwa Ungarn, sollten die weiterhin vom Gedanken der europäischen Einigung überzeugten Mitgliedstaaten nicht davon abhalten, das neue Recht konsequent umzusetzen. Es mag in seiner Konstruktion komplex sein, stellt aber in der Sache einen echten Fortschritt dar, auch wenn manche Maßnahmen noch einer kritischen Prüfung durch die zuständigen Gerichte zu unterziehen sind.

### ■ Integrierte Steuerungsansätze

Die deutsche Politik leidet unter der langjährigen Verschleppung von Reformen in zentralen Politikfeldern. Das betrifft die gesamtgesellschaftlichen Zentralprobleme in den Bereichen des Wohnungsmarktes, der nachhaltigen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sowie der hohen Steuer- und Bürokratielaspen. Alle diese Bereiche sind für die Gewinnung von Fachkräften sowie für Inlands- und Auslandsinvestitionen ein großes Hindernis. Sie müssen integriert betrachtet und reformiert werden, um die weitere Entwicklung zu fördern.

Das Jahr 2026 ist für Deutschland und Europa nicht nur im Bereich der Migrationspolitik ein wichtiges Jahr, in dem es darum geht, den auch auf diesem Kontinent spürbaren Tendenzen zu autoritären Strukturen Einhalt zu gebieten und die Grundsätze des demokratischen Verfassungsstaates, der auf unveräußerlichen Menschenrechten gründet und eine Politik der Würde fördert, zu verteidigen, indem diese gelebt werden. Das ist zugleich die Grundlage für eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch friedfertige Kooperation, die auch eine konsequente Verfolgung von Straftaten von Ausländern und bei Vorliegen der Voraussetzungen Abschiebungen einschließt.

Prof. Dr. Winfried Kluth

5 BMZ: Zukunft zusammen global gestalten.

#### Neu in Ihrem Abonnement:

Der monatliche Newsletter „Informationsdienst Migrationsrecht (MigRI)“! Sie haben die aktuelle Ausgabe des MigRI noch nicht automatisch per E-Mail erhalten? Dann registrieren Sie sich gratis unter [nomos.de/migri](http://nomos.de/migri).